



Notfallmaßnahmen zur Eindämmung der Energiepreise:

Mitgliedsunternehmen des SPD-Wirtschaftsforums sprechen sich für Steuersenkungen und Subventionen aus – keine Zustimmung zu Preisdeckel

Berlin, 17. März 2022 – Die russische Invasion der Ukraine wirft ein grelles Schlaglicht auf die Energieversorgungssituation in Europa und insbesondere in Deutschland. Sie führt nicht zuletzt die große geopolitische Abhängigkeit des Standorts vor Augen. Das Wirtschaftsforum der SPD hat deshalb seine Mitglieder und weitere Unternehmen gefragt, welche Optionen sie aus einem Bündel verschiedener energiepolitischer Maßnahmen bevorzugen würden und wie das aktuelle Krisenmanagement der Bundesregierung eingeschätzt wird. An der Blitz-Umfrage haben sich 175 Unternehmen beteiligt. Sie sprechen sich mehrheitlich für Steuersenkungen und Subventionen aus.

Prof. Dr. Ines Zenke, Präsidentin des SPD-Wirtschaftsforums: „Die Umfrageergebnisse zeigen, dass viele der genannten Maßnahmen breite Unterstützung finden. Für die Politik bedeutet dies, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland keineswegs machtlos ist, um die Energiepreiskrise zu bewältigen. Nun geht es darum, zügig zu handeln und die ökonomischen Auswirkungen in Deutschland möglichst im Rahmen zu halten.“

Bei den Bewertungen sollte zwischen der kurzfristigen und der langfristigen Perspektive unterschieden werden. Als besonders geeignete *kurzfristige* Maßnahmen stach vor allem die Senkung der Strom- und Energiesteuern hervor.

Als ebenfalls *kurzfristig* hilfreich wird die Subventionierung der Energiepreise für die Industrie eingeschätzt, etwa durch Ausgleichszahlungen für höhere Stromkosten. Auch die Aufhebung der Kohleverstromungsverbote findet als *kurzfristige* Lösung Zustimmung. Weiterhin sprechen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dafür aus, Liquiditätsunterstützung für Firmen bereitzustellen, die durch Margin-Zahlungen an den Finanzmärkten unter Druck geraten. Begrüßt würde auch, ein Insolvenzmoratorium in die Wege zu leiten.

Die genannten Maßnahmen werden ausschließlich *kurzfristig* für geeignet erachtet. Von einer langfristigen Implementierung wird dagegen mehrheitlich abgeraten, damit der Markt seinen Selektionscharakter beibehält und die Nachhaltigkeitsziele nicht gefährdet werden.

Langfristig spricht sich eine Mehrheit der an der Umfrage Beteiligten für den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Das gilt vor allem für die industrielle Wasserstoffwirtschaft und Biogas. Mehrheitlich plädiert wurde zudem für eine langfristig angelegte Strategie des Staates beim Ausbau der LNG-Terminals und der nationalen Rohstoffreserven sowie beim Einsatz einer Rohstoffallianz mit den europäischen Partnern für den Einkauf von Energierohstoffen. Auf Ablehnung stößt dagegen ein Preisdeckel.

Die vollständige Umfrage ist [hier](#) abrufbar.



Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband. Die Mitglieder des Wirtschaftsforums sind Privatpersonen, Unternehmen und Verbände aus allen Branchen. Sie spiegeln den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Das Wirtschaftsforum hat sich die Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert zur Aufgabe gemacht. Der Verband organisiert den Dialog der Mitglieder mit Politik, Verwaltungen und Institutionen sowie insbesondere sozialdemokratischen VerantwortungsträgerInnen. www.spd-wirtschaftsforum.de

Kontakt:

Eva Henkel

Pressesprecherin und Leiterin Strategische Kommunikation

Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin

eh@spd-wirtschaftsforum.de

Telefon: +49 151 40200164